

Ist der Euro zu retten?

Podiumsdiskussion

mit Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel und Dr. Hannes Androsch

Moderation: Ronald Barazon

40-Jahres-Feier der Consultatio, 16.06.2010

Ronald Barazon: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie sehr herzlich begrüßen und freue mich, dass ich diese Runde moderieren darf. Sie wissen, dass der Euro das Thema der Themen ist. Die spanischen Sparkassen haben gestern erklärt, sie brauchen € 85 Milliarden von der Europäischen Zentralbank. So eine Summe hat es in einer Woche von der Europäischen Zentralbank an eine Gruppe noch nie gegeben. Also es ist recht interessant, das heute an diesem Tag abzuhalten, nachdem wir alle von Griechenland geredet haben und erlebt haben, wie stolz so manche auf diese armen Griechen herunterschauen und dann selber ihre Probleme haben. In diesem Sinne herzlichen Dank, dass ich hier diese Diskussion leiten darf. Sie, Herr Professor, sind europaweit berühmt, dass Sie vom Euro von vornherein nicht viel gehalten haben. Fühlen Sie sich heute bestätigt und sagen: "Ich habe es immer schon gewusst!"?

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Ich müsste lügen, wenn ich jetzt sagte, dass ich traurig darüber wäre. Denn eigentlich bin ich sowie Hannes Androsch ein überzeugter Europäer und ich bin auch ein Mann der Währungsphilosophie. Stabiles Geld ist die Grundlage unserer Zivilisation, sowohl des Rechtsstaates, wie auch der Demokratie, wie auch des Sozialstaates und vor allen Dingen die Grundlage für die Zukunft unserer Jugend. Denn sie müssen sich darauf verlassen können, nicht nur dass sie erben können, sondern dass sie auch eine Zukunft haben und diese Zukunft darf nicht durch etwas belastet werden, das jetzt im Zusammenhang mit dem Euro auf uns zugekommen ist: Eine Überschuldung unserer Staaten, eine Überschuldung unserer Wirtschaft. Und ich habe natürlich vor dem Euro gewarnt als den falschen Weg nach Europa und ich habe damals unserem Verfassungsgerichtshof in den Antrag hineingeschrieben, sechzehn Staaten können sich keine gemeinsame Währung leisten, genauso wenig, wie ein Schneider einen Anzug für sechzehn verschiedene Familienmitglieder machen kann. Der eine ist groß, der andere ist klein, der eine ist dick, der andere ist dünn. Die Währung muss von jedem Staat maßgeschneidert gewartet werden für die gegenwärtige Zukunft, das heißt sie muss stabil bleiben und die Währung ist ein unverzichtbares Instrument für den Staat, dass er seine staatspolitischen Aufgaben erfüllt, nämlich wenn es nötig ist Krisen bekämpft, für sichere Arbeitsplätze, für sicheres Wirtschaftswachstum und für sichere Steuereinnahmen sorgt. Und deswegen geht es nicht an, die Währung so zu sagen zu einer Vielvölkerangelegenheit zu machen, wenn diese Völker unterschiedliche Ziele, unterschiedliche Probleme haben. Deshalb ist das der falsche Weg. Wir müssen Europa ganz anderen bauen. Ein bisschen wie bei dem für mich unerreichten Vorbild einer Völkerintegration, wie in der Schweiz. Durch sehr viel Autonomie beim Bürger und durch sehr viel Autonomie bei den unteren Staaten und möglichst wenig Kompetenzen oben, für mich ist die Schweiz deswegen schon ein Wundermodell, weil sich kein Schulkind merken muss, wer der Bundespräsident ist, denn

der wechselt nämlich jedes Jahr. Und in keiner Amtsstube sieht man da, wie früher Kaiser Wilhelm oder Kaiser Franz Joseph, den jeweiligen Staatspräsidenten und keine Regierung kann große Dummheiten machen, denn sie muss vor jeder Dummheit das Volk befragen und das hat sich als ein sehr vernünftiger Weg erwiesen und deshalb war ich ein prinzipieller Gegner für mehr Kompetenzen der EU-Behörden und natürlich besonders keinen Griff auf die Währung zu haben. Kurz: Ich war für Währungsdemokratie und nicht für das, was jetzt herausgekommen ist, für Währungsbükratie.

Ronald Barazon: Wir hatten die Gelegenheit, ein Buch aus Anlass eines Geburtstages zu lesen. Da schrieb Helmut Schmiel, es gibt keine andere Möglichkeit Europa zu bauen, als die Währung zu schaffen und das ergibt zwangsweise die Notwendigkeit als Folge, dass man dann zusammenrücken muss, stand in diesem sehr schönen Beitrag zu diesem Buch. Bisher mussten wir nicht zusammenrücken, weil es ganz gut ging. Ist jetzt der Punkt gekommen, an dem wir zusammenrücken müssen, weil der Zwang da ist. Ist das sozusagen die Katharsis?

Dr. Hannes Androsch: Bevor ich auf die Frage eingehe, eine Erklärung zum Verständnis: Der Professor Hankel und ich, aber das trifft für dich auch zu Ronny, kennen uns schon einige Jahrzehnte und er war eine große Hilfe und ein intellektueller Unterstützer in den 70er Jahren bei der damals umstrittenen Hartwährungspolitik. Das nur sozusagen zum Steckbrief zu unserer Beziehung. Die europäische Integration ist eine riesige Erfolgsgeschichte, weil sie dem blutigen Kontinent nun inzwischen 65 Jahre Frieden gebracht hat. Sie hat ihm auch Wohlstand gebracht, wie das zuvor unvorstellbar war. Einer der bedeutendsten Zeithistoriker mit österreichischen Wurzeln, Erik Hopsbaum, kommt daher zum Ergebnis: "Heute lebt ein Durchschnittsbürger in unseren Breiten besser als ein Monarch vor 200 Jahren." Und wenn Sie als Beleg dafür die Ausstattung mit Nassräumen nehmen, dann sehen Sie, dass er so unrecht nicht hat. Zu dieser Wohlstandsentwicklung hat sicherlich auch beigetragen, dass es unter der Kommissionspräsidentschaft von Delors und dem dafür zuständigen Kommissar Cook gelang, den Binnenmarkt zu schaffen. Und das ist in der Tat wesentlich mehr als eine Zollunion. Es ist die Logik eines gemeinsamen Markts, eine gemeinsame Währung zu haben. Insofern war es schon davor 1970 mit dem Werner-Plan, benannt nach dem damaligen luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner, das Ziel, eine solche als Bindungsglied zu schaffen. Allerdings verlangt eine gemeinsame Währung alles Mögliche. Jedenfalls ein Mindestmaß an gemeinsamer Wirtschaft, vor allem Budget- und Finanzpolitik oder wie der Professor Hankel das lapidar ausdrückt: eine gemeinsame Währung braucht einen gemeinsamen Staat und die Krücke oder die Eselsbrücke, die man bei Einführung des Euros oder bei der Schaffung der gemeinsamen Währungsunion gewählt hat mit dem Vertrag von Maastricht, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, hat sich inzwischen als völlig ungenügend erwiesen, hier das Mindestmaß an Widerlager zu bilden. Dazu kamen Fehlentwicklungen im Finanzbereich, die beginnen bei dem Recycling der Euro-Dollar Mitte der 70er Jahre, wo sich zunehmend die Finanzwirtschaft, die ja eine Stütze der Realwirtschaft sein soll, von dieser entkoppelt hat und das im steigenden Ausmaße und besonders in den letzten 20 Jahren und sich nicht zuletzt dank eines freien Kapitalverkehrs, Deregulierungsmaßnahmen und nicht regulierten Bereichen in gigantische Dimensionen entwickelt hat und sich zu einem Kasino entwickelt. Der da so entstandene Finanzkapitalismus ist in Wahrheit ein Kasinokapitalismus, getragen von dem Glauben, dass die „Masters of the Universe“, wie sie sich gerne nennen ließen in Wall-Street oder Callary-Worth in London, geglaubt haben, sie haben das Risiko abgeschafft. Im Gegenteil sie haben es so potenziert, dass es irgendwann, wie ein Kartenhaus, in sich zusammenfallen musste. Das ist die Finanzkrise, so was löst dann immer eine realwirtschaftliche Krise aus. Das ist die große Rezession, die wir haben und aus der wir längst noch nicht heraußen sind und auch noch nicht aus der Bankenkrise, liebe Frau Kollegin Prehofer, da ist vieles noch – nicht bei uns – aber anderswo, vieles noch lange nicht ausgeschwitzt. Und zu dem ist auch eine Fehlentwicklung der öffentlichen Haushalte gekommen, die wurden überfordert, das waren im Vergleich zu den Spekulationen im Bankenbereich die Spekulationen im politischen Bereich. Da war die politische Alchemie am Werk, die Spekulation auf die Zukunft und die ist

schiefgegangen. Nicht nur quantitativ haben sich die öffentlichen Haushalte übernommen, sondern auch qualitativ. Weil es ist immer mehr vom Staatsverbrauch in den Konsum von heute gegangen und immer weniger in öffentliche Investitionen, Bildung, Forschung, Wissenschaft, in die Zukunft. Hier hat man ein grausames Spiel auf Kosten der nächsten Generation betrieben, das sind die Erblasten und das vor dem Hintergrund eines demographischen Zeitenwandels mit einer tickenden Zeitbombe. Die Diskussionen um die Pensionen und um ihre Finanzierung in den letzten Tagen, macht das etwa sehr deutlich. Wir haben bereits im Oktober 1977 gewarnt und da wurden wir verspottet, es muss also erst explodieren, bevor irgendetwas gemacht wird, also das ist in etwa so, wenn man erst zum Zahnarzt gehen würde, wenn alle Zähne bereits Karies hätten und nicht schon, wenn der erste Zahn befallen ist. Das ist die Fehlentwicklung und die Alchemie der Politik und jetzt kann man darüber streiten, welche Krise die größere und welche die gravierendere ist. Mit wechselseitigen Vorwurfszuweisungen ist überhaupt nichts gelöst. Und die Folge davon ist auch eine Vertrauenskrise und das ist das Gefährlichste, weil das ganze Geldwesen als Grundlage für unser Wirtschaftslebens und damit Gesellschaftsleben, politische Leben beruht in einem ganz wesentlichen Ausmaß auf Vertrauen und der Run auf das Gold und der explodierende Goldpreis ist das typische Symptom für mangelndes Vertrauen für die eben erwähnte Vertrauenskrise und für die über 20 Jahre immer schlechter gewordene Disziplin, ob es jetzt die öffentlichen Haushalte sind oder die Banken sind, aber auch der einzelne Bürger. Der Hinweis, dass es nicht nur einen Berg von öffentlichen Schulden gibt, sondern auch einen Berg von privaten Schulden, das ist der Hauptgrund warum die „Cajas“, die spanischen Sparkassen, diese Nothilfe, den „lächerlichem“ Betrag von € 85 Milliarden benötigen haben und da steht ein Berg von Korrekturmaßnahmen vor uns. Leider erweist sich die gegenwärtige politische Mannschaft in Europa als nicht besonders geeignet. Wir hatten eine Achse DeGaulle und Adenauer. Wir hatten eine Achse, die bis heute biologisch vorhanden ist, zwischen Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Wir hatten eine erfolgreiche Achse zwischen Mitterrand und Kohl. Und heute bringen diese Achsen nicht einmal ein geplantes Abendessen auf die Schiene, das wird drei Stunden vorher abgesagt. Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen, nur leider schmeckt es dann sehr grauslich. Das ist die Situation, aber das ist auch zugleich die Herausforderung und die Chance, wenn man optimistisch ist. Die Hoffnung stirbt zuletzt, dass jetzt die Not zur Tugend gemacht wird und die leeren Staatskassen der Zuchtmeister sind für die Disziplin, die wir 20 Jahre verabsäumt haben und auch dazu beitragen, dass wir wieder vernünftige Bankpolitik kriegen und nicht Casinobanken. In dieser Einschätzung, so sehr wir in den letzten 40 Jahren ein und derselben Meinung waren, gehen wir in der Auffassung auseinander. Professor Hankel ist pessimistischer, ich bin optimistischer. Zunächst hat sich, du hast den Helmut Schmidt zitiert, die Hoffnung dass die gemeinsame Währung der Königsweg zur politischen Union ist, und zwar Vielfalt in sinnvoller Einheit, nicht realisiert. Die Hoffnung ist, dass unter den obwaltenden Umständen, das passiert und davon abhängen wird, ob Europa auf der globalen Bühne Mitspieler oder Spielball ist. Es soll kein einziges Mitgliedsland, auch das größte nicht – in dem Fall Deutschland, aber auch Frankreich oder Großbritannien, glauben, weil sie irgendwann einmal Reiche waren, dass sie heute noch irgendetwas bedeuten. Das sind nicht einmal Mittelmächte. Bei einem Einsatz brauchen sie 14 Tage, bis sie ein paar Truppen nach Afghanistan transportieren können. Da fängt dieser Gurkenhandel an, wie der Egon Bahr gemeint hat, die EU ist ein ökonomischer Riese, politischer Zwerg und militärisch ein Wurm. Das ist die Situation Europas als ganzes und erst recht trifft das auf jeden einzelnen zu und das ist die Frage für die Zukunft und die Herausforderung, die wir lösen müssen.

Ronald Barazon: Sie haben gesagt, es ist schwierig oder unmöglich, verschiedene Länder oder Länder in verschiedenen Wirtschaftssituationen zusammenzuführen. Jetzt haben wir aber in jedem Land diese Unterschiede, also vom Land her kann es nichts ausmachen. Es gibt dörfliche Gebiete in Deutschland, wo die Menschen ziemlich wenig verdienen, und in der Mitte von Frankfurt verdienen sie mehr. Genauso wie die Menschen in New York mehr verdienen als in Houston in Texas. Also das kann nicht das Problem sein, dass wir unterschiedliche Wirtschaften haben. Die haben wir ja immer innerhalb einer Währung. Das

Problem müsste ja woanders liegen, denn sonst könnte man ja nie ein Land zusammenhalten. Warum sehen Sie das so schwierig, dass die verschiedene Wirtschaftssituationen haben?

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Das kann ich Ihnen in einem Wort sagen: wir haben kein europäisches Volk – wir haben europäische Völker. Das ist der große Unterschied zu den USA. Wer immer seit 200 Jahren auswandert und in die USA einwandert, der gibt nicht nur seinen Pass ab, sondern er gibt auch seine Identität, seine Geschichte, ab. Er wird Amerikaner. Und das können wir auf Europa überhaupt nicht übertragen. Wir kommen aus uralten Kulturen, wir haben eine Tradition und das sollten und dürfen wir nicht nivellieren und auf keinen Fall vergessen. In Folge dessen haben wir Staaten und diese Staaten haben in diesen Jahrhundert etwas geschaffen, was ich für eine beispiellose Leistung halte. Im vorigen Jahrhundert kamen aus Europa die Demokratie und der Rechtsstaat und in diesem Jahrhundert kam aus Europa der Sozialstaat. Wir haben die krassen Unterschiede, die fast bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse zwischen Arbeit und Kapital in einem Wohlfahrtsstaat aufgefangen und Hannes Androsch ist selbst ein großer Repräsentant dieser Entwicklung, darauf darfst du stolz sein. Und jetzt fürchte ich, wird dieser Wohlfahrtsstaat genau durch das kaputt gemacht, was man europäische Währung nennt. Am Anfang dieser Debatte stand eine sogenannte Sachzwangstheorie. Die besagte über die Währungszusammenarbeit werden wir automatisch in einen europäischen Staat hineingeraten. Und diese Sachzwangstheorie hat völlig übersehen, dass der Sachzwang nicht zur Konvergenz führen wird, sondern zwangsläufig zur Divergenz, denn außer der vergemeinschafteten Währungspolitik müssen alle anderen Politiken, die dazugehören, müssen dem eigenen Volk und den eigenen Problemen gewidmet sein.

Dies gilt insbesondere für die von dir, Hannes, vertretene Finanzpolitik. Die Finanzpolitik hat nun mal die Königsaufgabe über die Staatsfinanzen zu einem sozialverträglichen System zu führen, die Schwächeren müssen geschützt, die Konjunkturen müssen stabilisiert werden – das sind die beiden Königsaufgaben, die man nur innerhalb eines Staates machen kann und nicht innerhalb einer Gruppe von 16 Staaten. 16 Staaten meint 16 verschiedenen Finanzpolitiken, das haben wir nun erlebt, und nun zeigt sich eines, was in den derzeitigen Debatten übersehen wird, durch die gemeinsame Währung ist die Verantwortung für eine stabile Währung in vielen Mitgliedsländern nicht gestärkt, sondern geschwächt worden. Hier sind Länder in die gemeinsame Währungsfamilie aufgenommen worden, die eigentlich immer eine andere Währungsphilosophie hatten, eigentlich auch immer eine andere Lebensphilosophie. Für die das Leben über den Verhältnissen eigentlich fast, wenn Sie so wollen, ein kulturelles Erbe gewesen ist. Diese Länder waren in der glorreichen Zeit Europas, nämlich vor dem Euro, in den 40 Jahren als der gemeinsame Markt aufgebaut wurde, zwar auch glücklich, aber sie waren eines nie, nämlich europäisch und international kreditfähig. Kein Mensch hat früher in portugiesische, spanische oder griechische Währungszonen investiert. Aus zwei Gründen, die Währungen werteten alle zwei, drei Jahre ab, das bedeutete herbe Verluste, und dort gab es in Folge dessen hohe Zinsen, die hätten zwar die Anleger anlocken können, aber die hohen Zinsen waren eben Ausdruck des hohen Währungsrisikos. Nun hat man diesen Ländern in einem Akt europäischen Wohlwollens sowohl das Währungsrisiko abgenommen, sie brauchen gar nicht mehr abzuwerten. Man hat ihnen mehr oder weniger deutsch-österreichische Zinsen geschenkt, denn das war die Folge der Abnahme des Kreditrisikos und damit hat man sie geradezu dazu verführt, bei den Krediten, welche jetzt billig und risikofrei zu haben waren, zuzugreifen. Der Euro war die kolossale Verführung zur Überschuldung, das muss man einfach sehen und jetzt bedeuten die Rettungsschirme eine weitere Verführung, nämlich die Möglichkeit zur Fortführung dieser Politik. Dies kann ich nun auch mit bester Hoffnung nicht gut heißen, denn alle Lebenserfahrung zeigt, wenn ich einem Schuldner auch noch die Bestrafung für seine Schulden erlasse, indem ich ihm laufend neue Kredite gebe und vor allem seinen Geldgebern das Geld aus der Staatskasse, damit, wie sie meinen saniert werden, habe ich eigentlich alle Voraussetzungen geschaffen, dass die Krise weitergeht und davor graust mir

und deswegen bin ich für die Beendigung dieses Weges. Ich bin also lieber für ein Ende mit Schrecken als für einen Schrecken ohne Ende.

Ronald Barazon: Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, dass es absurd ist, Schuldnern noch Geld nachzuwerfen, das macht ja der kleine Kreditreferent in einer Filiale nicht. Nur wir haben jetzt die Situation, wir haben diesen Euro und wir haben jetzt dieses Problem, wie Sie es bestens geschildert haben. Nur wenn wir jetzt zum Beispiel den Euro auflösen oder denen sagen: „die Drachme, die Peseta ihr führt das alles wieder ein“. Wie würden Sie meinen, würde der Euro dann dastehen? Weil bekanntlich sind Währungskrisen im Moment aufregend aber letztlich nicht wirklich dramatisch, denn wir haben auch schon einen Dollar gehabt im Keller und in Höhenflügen. Die Frage ist, wenn wir das jetzt zerschlagen, wie stehen wir dann allesamt, Deutschland, Österreich und die vermeintlich Guten dann da? Ich finde, wir sind auch nicht so besonders gut, wenn die deutsche Bundesrepublik heuer ein Budgetdefizit von € 80 Milliarden baut, dann ist das nicht so besonders lustig. Wenn Österreich die Staatsverschuldung innerhalb von 14 Monaten von €170 Milliarden auf € 200 Milliarden steigert, ohne dass wir eine Konjunktur haben, können wir uns auch nicht so berümen. Also wie würden Sie „Das Ende mit Schrecken“ sehen?

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Also ich halte es gar nicht so sehr mit der Ökonomie als mit dem gesunden Menschenverstand. Wenn 16 Nationen eine Währung haben und die ist schwach, dann haben 16 Nationen ein Problem und das heißt Euro. Wenn jedes Land seine eigene Währung hat, hat jedes Land seine eigenen Probleme, aber die sind durchaus unterschiedlich von dem gemeinsamen Problem der 16. Wir hatten vor dem Euro 40 Jahre gemeinsamen Markt aufgrund der Römischen Verträge, in diesem gemeinsamen Markt war fast alles erlaubt nur eines nicht, die gemeinsame Währung. Das sie übrigens nicht gekommen ist, war der Verdienst von zwei Europäern, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. In Deutschland hat sich von Beginn an unser legendärer deutscher Wirtschaftsminister Ludwig Erhard gegen die gemeinsame Währung gewehrt. Er hat gesagt die D-Mark muss weltweit eine akzeptierte Währung sein und die deutsche Exportwirtschaft muss kapieren, dass die Welt nicht in Europa und Rest der Welt zerfällt, es ist ein Auslandsmarkt, aber Erhard hätte sich nie durchgesetzt gegen den großen Europäer Adenauer, wenn Erhard nicht, ohne ihn gesucht zu haben, einen noch mächtigeren Verbündeten als Adenauer gefunden hätte – und der hieß Charles DeGaulle. Auch Charles DeGaulle hatte damals die gemeinsame Währung abgelehnt, denn er meinte, unser Franc ist ein Teil nationaler Gloria und wir werden den Franc so golden, so konvertible machen wie den Schweizer Franken, den Dollar und die D-Mark. Und beide zusammen haben damals verhindert, dass in die Römischen Verträge die Klausel mit der gemeinsamen Währung mit hineinkam. Der berühmte Artikel 102 oder 103 der Römischen Verträge, der ursprünglich die gemeinsame Währung beinhalten sollte, wurde abgeändert. Europäischen Länder behalten ihre Währung, koordinieren aber ihre Politik. Das war ein vernünftiges Modell. Wir hatten vor dem Euro eine Koordinierung der europäischen Währungspolitik. Wir hatten keine Währungsunion, wir hatten eine Wechselkursunion, oder genauer eine gemeinsame Wechselkurspolitik und die wurde abgestimmt gegenüber dem Dollar. Das ließ aber jedem Land soviel Freiheit, dass sie zu Hause ihre eigene Wirtschaftspolitik machen konnten – auch die unvernünftige. Und solange sie unvernünftige Wirtschaftspolitik machten – und das haben viele getan, mussten sie abwerten. Wir hatten damals mindesten zwei bis drei Dutzende von Abwertungen und die haben Europa gar nicht geschadet, die haben es ermöglicht, dass die Länder zu Hause ihre Probleme mit Wortmitteln lösten und trotzdem im gemeinsamen Markt wettbewerbsfähig blieben. Dafür sorgte die Abwertung und der Bezugspunkt dieser Abwertung die damals stabilste Währung, die D-Mark, wertete ständig auf und für Deutschland waren die Aufwertungen der D-Mark auch ein Geschenk. Mein damaliger Boss, ich diene damals Karl Schiller, pflegte zu sagen, diese Aufwertung ist eine Sozial-Dividende für unser Volk. Ich war anfangs der Meinung, außer uns beiden würde keiner das verstehen, das Volk hat es verstanden und diese Politik immer wieder gewählt und Deutschland litt gar nicht unter der Aufwertung und unsere Exporteure machten Riesen

Kostenvorteile auf Einfuhrseite. Denn Deutschland muss fast 50% aller Vorprodukte, Rohstoffe, einführen...

Ronald Barazon: Sie sind mir zu sehr in der Vergangenheit. Wir wollen dieses Szenario, das Sie gesagt haben „Ende mit Schrecken“, das würde ich jetzt gerne einmal wissen, wie Sie das sehen? Was sollte man tun, wenn man den Euro jetzt abschafft oder die, die nicht Euro würdig sind, hinauswirft? Was geschieht dann? Die Fragen hätte ich jetzt gerne beantwortet.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Haben Sie völlig recht. In zwei Sätzen, wenn die heutigen Schuldenländer möglichst freiwillig herausgehen, kämen wir zu einer verschlankten Eurozone. Dann bekämen wir die Fortsetzung von dem, was ich vorher etwas langatmig geschildert habe. Nämlich die Fortsetzung jener Währungsunion, die haltbar war, die sich damals um die D-Mark gebildet hatte.

Ronald Barazon: Dann werden wir Hannes Androsch fragen. Wenn wir jetzt das machen, wie siehst du das?

Dr. Hannes Androsch: Irgendwie haben wir trotzdem ein Bankenproblem. Wenn am Sonntag die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel uns wissen ließ, dass die französischen und die deutschen Banken zusammen Kredite in den südlichen Mitgliedsländern von Griechenland, über Italien, bis nach Spanien und Portugal von € 1.600 Milliarden ausgegeben haben. Dann würde das Ausscheiden bedeuten, das Problem einmal sofort zu aggravieren, weil die wieder eingeführte Lire oder Drachme oder was auch immer würden immer schwächer werden. Dann könnten diese Staaten es noch weniger zahlen und der Abschreibungsbedarf der jeweiligen Banken, von denen wir schon zuvor gemeint haben, dass sie die alten Geschichten, sowie die Sub-primes, oder die Ostkredite, noch gar nicht zur Gänze ausgeschwitzt haben, würden jetzt in ganz massivem Umfang – und wenn ich nur ein Viertel der € 1.600 Milliarden nehme, sind das noch € 400 Milliarden – müssten die verkraften. Das können sie nicht. Da liefen wir Gefahr – nicht, dass jede Bank gerettet werden müsste, sondern dass das ganze monetäre System zusammenbricht. Die Griechenlandhilfe war ja in Wahrheit eine Bankenhilfe, abgesehen davon, dass solange gebraucht wurde. Meiner Einschätzung nach hatten wir in den letzten 40 Jahren eine ganze Menge an Krisen, aber das schlechteste Krisenmanagement hatten wir sicherlich in den letzten sechs Monaten. Und das hat das Problem nur verstärkt. Da stellt sich wieder die Frage, wie gut die politische Führungsmannschaft aufgestellt ist. Dabei muss man leider zur Schlussfolgerung kommen, dass diese ziemlich schlecht aufgestellt ist, aber das würde sich nicht ändern, wenn man wieder in die Kleinstaaterei vieler kleiner Währungen verfiel. Ja, gut die Schweiz ist ein Beispiel, dass man ganz gut durchkommen kann – unter spezifischen Voraussetzungen. Und für Norwegen kann man es auch sagen, aber das ist dank des Öls. Für Großbritannien konnte man es vielleicht sagen, aber dieses Wunder ist vorbei, in dem Maße wie das Nordseeöl aufgehört hat zu fließen. Das heißt, dass wir im Vergleich noch in einer wesentlich besseren Situation sind. Und man hat ja gewusst, dass man diese Kredite gibt, ob jetzt private in Spanien oder Staatskredite an Griechenland, die dann ihren Leuten Geschenke gemacht haben, die geradezu abenteuerlich sind. Dagegen ist unsere Hacklerregelung geradezu eine Disziplinpeitsche, aber das macht unsere Hacklerregelung nicht sinnvoller. Das heißt, wir haben 20 Jahre in verschiedenen Bereichen auch im regulativen Ausmaß, wie man zum Beispiel gehebelt hat, Fehlentwicklungen. Ganz gleich ob die Eurozone so bleibt oder sich verkleinert oder sogar vergrößert: an der Disziplin kommt man nicht vorbei. Wir haben einen riskanten Weg gewählt mit der Hartwährungspolitik und der ist aufgegangen, weil die Disziplin da war. Ein Kritiker von damals, der mittlerweile seit vielen Jahren Rektor an der Wiener Universität ist, Professor Winkler, den Kreisky sogar ausgeschickt hat gegen den Finanzminister zu opponieren, heißt das jetzt gut und begründet sein Verhalten damit, dass er nicht gedacht hat, dass die Gewerkschaften mitgehen würden und sie sind mitgegangen und so ist die Rechnung aufgegangen. Wir haben über die Anbindung an eine stärkere Volkswirtschaft, an die

stärkste Währung, die es am Kontinent gegeben hat, uns selbst zu Disziplin gezwungen. Das waren eine Investitions- und eine Innovationspeitsche, die sich deutlich positiv ausgewirkt haben. Innerhalb der Eurozone hat man zugeschaut, wie liederlich umgegangen worden ist. Es stimmt ja alles analytisch und diagnostisch was der Herr Professor Hankel gesagt hat. Die Griechen haben den Herrgott einen guten Mann sein lassen, weil jetzt zahlen die anderen und jetzt soll niemand sagen, dass hat man nicht gewusst. Wenn die statistisch geschwindelt haben, was sie sicher haben, und andere auch, dann hätte man das ja an den Bankbilanzen ablesen müssen. 1.600 Milliarden Euro sind ja keine triviale Summe, das müssen die Notenbanken, das muss die EZB und das muss die BIZ gewusst haben. Und die BIZ muss schon Jahre zurück auf alles mögliche aufmerksam gemacht worden sein, was man ja auch in den Jahresberichten nachlesen kann, nur man wollte es nicht wahrhaben und dort liegt das Problem und wenn man das behebt, gibt es keinen Grund für mich, die Eurozone aufzuheben.

Ronald Barazon: Ich gehe jetzt einfach einen Schritt weiter und behaupte, dass die Politik den derzeitigen Anforderungen nicht gewachsen ist. Du hast vorhin den Delors genannt, der wäre zu den Banken gerannt und hätte gesagt ihr müsst und ihr müsst, das tut der Herr Barroso nicht, der fragt die Frau Merkel und den Herrn Sarkozy, ob er heute aufstehen darf oder nicht. Das ist eine Tatsache und die anderen darf ich ja auch stets beobachten, das bringt nichts. Ich nehme jetzt einmal folgende Situation her, die machen das, was Dr. Androsch gesagt hast nicht und sie machen auch nicht, was Professor Hankel gesagt hat. Also es wird weder die Bande von überschuldeten Ländern hinausgeworfen, noch schafft man Disziplin und bringt die Pensionssysteme, Arbeitsmärkte und so in Ordnung. Also ist der Euro auf den Weg in diese Probleme. Es wird sich nichts ändern. Diese Mannschaft, die wir haben, ändert sich ja nicht von heute auf morgen. Ich gehe jetzt davon aus, dass die Mannschaft von jetzt auch weiterhin nichts tut. Wenn sie sechseinhalb Monate brauchen, um eine Fälligkeit der Griechen von 7,5 Milliarden Euro der Griechen zu behandeln, indem sie ihnen € 110 Milliarden für drei Jahre schenken und nicht einmal warten, bis sie das Pensionsreformgesetz, das obendrein ein Mist ist, ins Parlament einbringen, dann ist offenbar niemanden aufgefallen, dass sie bereits im Mai 20 Milliarden Euro überwiesen bekommen haben, 15 Milliarden von Europa und 5 Milliarden von IWF. Wohlgermerkt: die Fälligkeit im Mai war Euro 7,5 Milliarden und die haben noch nicht einmal das Pensionsreformgesetz, wo sie die Anspuchszeit verlängern wollen, von 35 auf 40 Jahre ab 2018, als Sanierungsmaßnahme, dieses Gesetz haben sie noch nicht einmal eingebracht und die Herrschaften von der EU, die dort sind, derzeit sind so drei vier Leute in Athen, haben gesagt: „2018 ist sehr spät, ginge es nicht schon 2015?“. Das nennen wir in Europa Sanierung und da gehe ich einmal davon aus, dass sich da nichts ändern wird. Jetzt möchte ich von Ihnen beiden unter der Voraussetzung, denn diese Liederlichkeit betreiben wir ja mit, wir sind ja alle Griechen mittlerweile, das darf man ja nicht vergessen, weil 80 Milliarden Defizit der deutschen Bundesrepublik ohne Konjunkturimpulse ist schon kein schlechter Eintritt in diese Phase. Also ich frage die beiden, die das lange machen, was geschieht, wenn wir weiter so ludern? Euro-Dollar-Kurs, Arbeitslosigkeit, Geldvernichtung - was passiert, wenn die so weiter tun?

Dr. Hannes Androsch: Wenn ich natürlich in der Frage solche Bedingungen stelle kommt der Nestroy heraus. Was ist, wenn der Komet kommt?- Dann sama hin! Das heißt in dem Fall, dass wir massive Wohlstands- und Wohlfahrtsverluste hinnehmen müssen. Vor allem was die nächste Generation betrifft und das ist die Verantwortungslosigkeit der letzten 20 Jahre, die auf die Zukunft der nächsten Generation gewettet und sie verspielt hat und nicht bereit ist, irgendetwas zu ändern. Man braucht nur das Morgenjournal aufschlagen und um 7:30 ist einem schon schlecht. Die Einsicht ist einfach Null. In unzähligen Vieraugengesprächen der verzweifelte Versuch, sich überhaupt eine Diagnose erstellen zu lassen, einen Laborbefund einzuholen. Nein, weil natürlich die Diagnose nach Therapie schreit und vor der Therapie haben wir Angst, aber dann kommt der Komet. Und nicht die Verantwortlichen werden es zahlen, sondern wir werden es aushalten, aber bei unserem Alter ist das eigentlich schon egal. Aber nicht gleichgültig ist es für die Kinder und

Enkelkinder. Und das ist unsere Verantwortung, ob das Umwelt ist, ob das die Energieversorgung ist, ob das die Katastrophe im Golf von Mexiko ist oder ob es die Finanzierung unserer Wirtschaft als Voraussetzung für unsere Wohlfahrt – also die Finanzierung unseres Staates ist.

Das Verhältnis, das einmal fünf zu eins war, wird sich auf eins zu eins reduzieren, nur wie das gehen sollte, ist nicht vorstellbar, wenn man noch dazu die anderen Voraussetzungen nicht schafft für Produktivitätssteigerungen, für Qualifikation, für Innovation oder auch für eine höhere Frauenerwerbsquote. Warum haben wir so eine hohe Teilzeitquote bei der Frauenbeschäftigung? Weil wir keine Ganztagsbetreuungsplätze haben, weil wir keine Ganztagschulen haben, warum geht das in Frankreich, warum geht das in Schweden, warum geht das in den Niederlanden? Und so kann man das auf die Spitäler umlegen: kaum macht einer einen vernünftigen Vorschlag zur Untersuchung, wird er schon niedergeknüppelt, als ob er ein Idiot wäre, obwohl er recht hat. Also bauen wir alle zwölf Kilometer ein Spital aus um viel Geld und können die medizinischen Voraussetzungen gar nicht erfüllen. Die medizinische Qualität und Standards sind gar nicht gewährleistet und werden obendrein gar nicht erhoben. Kann man sich in den Niederlanden etwa anschauen. Das heißt, wir betreiben eine Politik des Vogel Strauß. Dass das gut gehen kann, glaube ich auch nicht.

Ronald Barazon: Das Crash-Szenario.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Ja, also das Kind liegt im Brunnen. Da haben wir beide überhaupt keinen Unterschied in der Diagnose. Die Überschuldung ist wirklich wie eine radioaktive Wolke, die über uns schwebt, und wo man versuchen muss, die Kontamination zu entschärfen. Aber wie? Nun glaube ich, zeigt unsere Debatte eines, ein Problem, das man hat, darf man nicht noch größer machen. Der Euro ist eigentlich der Versuch, das Problem, das wir haben, noch größer zu machen. Denn jetzt sollen die Schulden der anderen übernommen werden und es gibt auch keinen erkennbaren Grund warum die Schuldenpolitik der anderen, solange sie im Euro sind, aufhören sollte. Also ist der erste Ansatz zur Lösung unserer Probleme, das Problem nicht noch größer werden zu lassen, sondern es muss gestoppt werden. Das heißt für mich erstens, die notorischen Schuldenländer müssen raus. Zweitens das gerechteste Gesetz, das die Marktwirtschaft je hervorgebracht hat, ist das Konkursgesetz. Da werden nämlich die Übeltäter direkt bestraft. Wer ein Verschuldungsproblem hervorgerufen hat, muss auch dafür haften und die Konsequenzen dafür tragen und alle Rettungsfonds, die jetzt errichtet worden sind, sind der Versuch, dieses Konkursrecht zu beseitigen. Die Übeltäter sollen gar nicht bestraft werden, sie sollen sogar saniert werden und das mit dem edelsten Geld, das es in einer Volkswirtschaft überhaupt gibt, dem Geld der kleinen Leute und der Steuerzahler. Also die Aushebelung des Konkursrechts läuft doch darauf hinaus, die Täter auch noch zu belohnen und die Opfer auch noch schutzlos dastehen zu lassen. Das heißt im Klartext, die 1.600 Milliarden Euro – und es sind sicher noch viel mehr, die jetzt registriert werden, als Bankdarlehen an diese Länder – müssen in erster Linie von den Banken aufgebracht werden. Und zwar im Wege des Konkursverfahrens und das sieht dann so aus, dass sich die Banken direkt mit den Staaten in Verbindung setzen müssen und müssen einen Haircut aushandeln, direkt. Ich sehe nicht den geringsten Grund, weder ökonomisch noch moralisch, dass sich die EU in diesen Prozess einschaltet und behauptet wegen des Euros müsste das geschehen. Griechenland und Spanien können sich direkt mit ihren Gläubigerbanken zusammensetzen. Die EU hat in diesem Bereich gar nichts zu suchen. Die EU schaltet sich nur ein, weil sie sich wieder neue Kompetenzen verspricht, weil sie versuchen will, immer wieder auf Umwegen und durch neue Institutionen doch noch so etwas wie ein Staat zu werden. Sie schafft jetzt eine Special Purpose Vehicle Gesellschaft an, die sozusagen der Konkursverschleppung dienen soll, und einer neuen Bad-Bank-Formation. Das alles sind Versuche einer europäischen Bürokratie, die im Grunde von ihren Pfründen lebt und gar nicht das wirkliche Europa anstrebt, was uns vorschwebt. Also Klartext: ich würde sagen, die

Schuldenländer gehören raus und die EU, wenn sie überhaupt tätig werden soll, soll organisieren, dass sich bilaterale Entschuldungsgespräche anbahnen und dann wird man sehen, wie viele Banken das überleben und dann wird man vor allen Dingen sehen, wie auch Lehmann Brothers, die von sich behaupten systemrelevant zu sein oder „Too big to fail“, relativ leicht ersetzbar sind. Man kann jederzeit wenn ein paar Banken pleite gehen, wieder ein paar neue gründen. Die einzige Bank die in einer Volkswirtschaft wirklich unersetzbar ist, ist die Notenbank und die möchte ich nun wieder für unsere Staaten herstellen.

Ronald Barazon: Und was machen Sie mit allen Einlegern? Von dem Tag an, an dem Sie das tun, kann keine Firma mehr irgendeine Rechnung bezahlen.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Das ist aber nun Ihre spezielle Unkenntnis, Herr Professor. Wir haben in allen Kulturstaaten in Deutschland wie in Österreich einen gesetzlichen Einlegerschutz. Es ist eine der Großtaten der Regierung Schiller gewesen, diesen gesetzlichen Einlegerschutz zu schaffen und dafür zu sorgen, dass kein Einleger für die Fehler des Managements haftet. Was jetzt garantiert wird, ist ja weit über den Einlegerschutz hinaus, die Interbankschulden, also das Geschäft der Banken untereinander. Das ist ja garantiert und das ist ja nicht garantiewürdig. Bei dem Modell des Konkurses der Banken kommt kein Einleger zu kurz und wenn doch, dann muss man beim Einlegerschutz nachlegen.

Ronald Barazon: Wir haben ja Obergrenzen für den Einlegerschutz von € 50.000 und € 100.000...

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Ja, ist das nichts?

Ronald Barazon: Ja, ist das nichts?! Bei einer Firma werden täglich viel größere Beträge bezahlt und die Liquidität des gesamten Wirtschaftskreislaufes bricht dann doch schlagartig zusammen. Also mit € 50.000 kann ja die kleinste Tischlerei nicht weit hupfen.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Also jetzt brauchen wir doch einen Bankbilanz-Spezialisten, wenn Sie eine Einlage bei der Bank haben, eine Forderung gegen die Bank, dann ist sie gesichert. Wenn Sie Papiere haben, liegen sie in Ihrem Depot und gehören Ihnen, nicht der Bank. Das einzige was ungesichert ist, nach dem gegenwärtigen Rechtssystem in Deutschland, ob es in Österreich parallel ist, weiß ich nicht genau, das sind die von Kunden leichtsinnigerweise erworbenen Bankpapiere, aber erstens...

Ronald Barazon: Aber ich rede ja nur von den Einlagen...

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Nein, die sind ja gesichert...

Ronald Barazon: Ohne Obergrenze in Deutschland? Der deutsche Staat will für alle Unternehmen das schaffen?

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Inzwischen hat unsere Bundeskanzlerin die bisherigen Obergrenzen bis zum Himmel erhöht und das ist immer noch weniger Staatshaftung, als eine Totalgarantie für Bankinstitute einschließlich ihrer Zwischengeschäfte mit anderen Banken, einschließlich ihrer Interbankgeschäfte. Also wenn ich mir eine normale Bankbilanz, um ein Beispiel zu geben, der HRE anschau, dann sind bei der HRE etwa fifty-fifty Kundeneinlagen und Interbankgeschäfte festzustellen, also Schulden bei anderen Banken und die müssen nicht garantiert werden, die sind garantiert.

Ronald Barazon: Wir haben eine Bankdirektorin da...

Frau DDr. Regina Prehofer: Darf ich mich kurz einbringen. Ich kenne zwar die Gesetzeslage in Deutschland für Firmen nicht, aber...

In Österreich haben wir die Situation, dass Firmeneinlagen im Grunde genommen nicht besichert sind oder zumindest in einem so minimalen Umfang, dass ich mich sagen traue, es gibt keine Sicherung für Firmeneinlagen. Insofern stimme ich sehr dem zu, was der Herr Barazon gesagt hat. Würde Ihr Szenario zum Tragen kommen, hätte dies einfach massive Folgen für die Wirtschaft, die Sie nicht stoppen können.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Darf ich kurz intervenieren. Was eigentlich würde die österreichische Regierung daran hindern im Falle eines Konkurses einer Bankengruppe, den Einlegerschutz auf juristische Personen nämlich Firmen auszudehnen. Es ist immer noch billiger als die Total-Garantie. Was wir heute haben in unvorstellbaren, fast astronomischen Summen ist eine Interbankverschuldung. Die BIZ hat sie beziffert auf die unglaubliche Summe von 600 Billionen Euro, das wäre das Zehnfache eines Welt-BiP. Die sind ja alle indirekt in dieser Total-Garantie mit drinnen und das zeigt ja auch, wie unsinnig diese Total-Garantie ist. Man sollte von Staatswegen verantwortungsbewusst den Einleger schützen und den Unternehmer, der Einlagen hat, wenn das noch nicht geschehen ist, und damit Schluss. Aber nicht die Interbankschulden und nicht die Interbankeinlagen, die ja den größten Teil des Sanierungspotenzials ausmachen und das lässt sich durch einen einfachen gesetzlichen Akt herstellen, wenn eine Bank pleite gehen sollte. Aber nochmals bei Lehmann Brothers haben wir doch erlebt, dass der Ausfall dieser Bank, weder das amerikanische Zahlungssystem hat zusammenbrechen lassen noch den Weltzahlungsverkehr. Zu Schaden gekommen sind lediglich diese unglücklichen Einleger, die Papiere dieser Bank mit Emittentenrisiko gekauft haben. Aber davor hätte sie jeder vernünftige Finanzberater warnen können und müssen und nichts hätte die amerikanische Regierung daran gehindert, noch für diese Leute eine spezielle Garantie zu geben. Dies wäre immer noch billiger gewesen, als jetzt den Rest der amerikanischen Großbanken die Ankäufe über die Kredite über das Federal-Reserve-System en bloc zu gewährleisten. Diese En-bloc-Garantie für das Bankensystem halte ich für absurd und ich halte es auch überhaupt für nicht bezahlbar und sie ist auch gar nicht zu rechtfertigen. Zu rechtfertigen sind nur Einzelforderungen, die man in die Garantie des Staates mit einbezieht, weil sie moralisch und ökonomisch berechtigt sind.

Ronald Barazon: Das ist alles dein Geschäft gewesen...

Dr. Hannes Androsch: Also, ob das so eine kluge Idee war, Lehmann Brothers pleite gehen zu lassen, hat sich schon zwei oder drei Tage später bei AIG widerlegt – und im Übrigen die europäischen Bankenpakete erst schlagend werden lassen. Das Problem schwelend war vorhanden. Was du vorschlägst, diese Einrichtung, gibt es ja schon länger und nennt sich „Pariser Club“, wo verhandelt wird zwischen den Staaten, die nicht mehr zahlen können und den Banken, sozusagen als Ausgleichsgremium und diese Ausgleichs waren früher schon notwendig. Etwa beginnend 1992 mit der ersten Mexiko- Krise, das hat überhaupt nichts mit der Eurozone zu tun gehabt und die jetzige Griechenlandhilfe kann man ja nur so verstehen, um Zeit zu gewinnen, um etwas ähnliches zu machen, wie bei eigenständigen Währungen schon x-fach geschehen im „Pariser Club“, nämlich den Schuldner auf ein Niveau zu bringen, das für den Schuldner tragbar ist und das der Gläubiger abschreibungsbezüglich und auf Jahre verteilt ausschwitzen kann. Aber das bringt mich zu zwei ganz anderen Hinweisen, die Sie vielleicht auf den ersten Blick überraschen werden. Im Alten Testament, im Buch Levitikus, findet sich der Hinweis auf ein Jubeljahr und das besagt, dass nach 50 Jahren der Gläubiger dem Schuldner die Schuld erlassen muss, weil er wissen hätte müssen, dass der Schuldner gar nicht in der Lage ist, die Schuld zu begleichen. Trifft haargenau auf Griechenland - mit Respekt - zu. Der erste Hinweis, so alt ist das Problem vom Kreditnehmen und vom Kreditgeben und allenfalls bei Unfähigkeit zu zahlen. Dieses Problem ist schon über tausend Jahre alt und hat nicht erst die Eurozone erfunden, allerdings waren damals halt noch nicht so gewaltige Dimensionen bekannt. Du hast heute schon einmal erwähnt einen Amtsvorgänger und bedeutenden Ökonomen, den Böhm-Bawerk, der dreimal Finanzminister war in der Monarchie, aber das ist dein Part. Mein Part war dann, dass ich einen anderen Amtsvorgänger nach dem ersten Weltkrieg erwähne, nämlich Schumpeter. Und der schreibt in einem Buch vom Wesen des Geldes: „Der Zustand

vom Geldwesen eines Volkes ist ein Symptom für alle seine Zustände“ und insofern – bei allen Unterschieden, also Burgenländer zu Vorarlberger oder Hamburger zu Münchnern – sind wir schon ein europäisches Volk und ich würde mir schon wünschen, dass wir endlich einen einzigen europäischen Pass haben. Es gibt ja keinen Grund für 27 verschiedene Pässe. Was ich damit meine: der Pass auch als Symbolhaftigkeit für andere Gemeinsamkeiten, das hindert nichts an Vielfalt zu sein. Eine Tiroler Trachtenkapelle ist etwas anderes als eine kroatische Blaskapelle aus dem Mittelburgenland.

Ronald Barazon: Wo ist da eigentlich der Unterschied?

Dr. Hannes Androsch:Dass die Burgenländer nicht schießen. Es gibt die Einheit in der Vielfalt und es gibt die Vielfalt in der Einheit. Und von dem Mindestmaß an Einheit hängt es ab, ob wir auf der globalen Bühne ein Mitspieler oder ein Spielball sind. Und ich will mir nicht vorstellen, was mit uns gewesen wäre in den wie auch immer verursachten Wirren im Herbst 2009, wenn wir noch den Schilling gehabt hätten. Da wären wir aber ordentlich ins Schleudern gekommen, es sei denn gnädigerweise die deutsche Bundesbank hätte uns aufgefangen, aber dann hätten wir eine Griechenlandlösung gehabt. Und wie können wir japanische Verhältnisse vermeiden, das sind inzwischen zwei verlorene Jahrzehnte. Und wie müssen wir Griechenland vermeiden und die Sirtaki-Klänge aus verschiedenen Ecken werden immer lauter, siehe Pensions- und Frühpensionsregelungen und das sollte man in sinnvoller Weise für die gesamte Union tun und ich hoffe, dass die Not zur Tugend gemacht wird und die leeren Kassen ein strenger Zuchtmeister sind. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist zehn nach zwölf.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Ich komme jetzt in die etwas unglückliche Lage, den Vater der Hartwährungspolitik des Schilling, Hannes Androsch, gegen den jetzigen Hannes Androsch verteidigen zu müssen. Natürlich hätte ein harter Schilling, wenn man den beibehalten hätte, sagen wir angebunden an die DM, die Situation, die wir heute in Österreich und auch in Deutschland haben, gar nicht erst entstehen lassen. Wir hätten eine gemeinsame Hartwährungspolitik weitergeführt unter Aufwertungserwartung. Das hätte uns den Zinsvorsprung, den diese beiden Länder in Europa hatten, erhalten und dieser Vorsprung hätte das Wachstum beschleunigt, die Investitionen beschleunigt, die Staatseinnahmen vergrößert und damit diese Riesen-Budgetdefizite gar nicht entstehen lassen. Es wird ja immer wieder vergessen, dass zumindest Deutschland vom Spitzenreiter in der Konjunktur zum Schlusswaggon geworden ist, mit dem kleinsten Wirtschaftswachstum in den letzten zehn Jahren in Europa. Infolgedessen auch mit den kleinsten Staatseinnahmen und auch die riesigen Gewinne der Bundesbank fielen weg. Kurz und gut: fast alle Probleme, die wir heute haben, sind durch die Einführung des Euro enorm verschärft worden. Dass dies keine Theorie ist, zeigt doch geradezu das Beispiel der Länder, die dieser Versuchung widerstanden haben, die Schweiz sowieso. Das Schweizer Zinsniveau ist immer noch zwei bis drei Prozentpunkte unter dem deutschen, ich rede jetzt vom Kapitalmarktniveau. Die Schweizer Arbeitslosigkeit ist halb so groß wie in Deutschland. Wir hätten Schweizer Verhältnisse behalten mit der Hartwährungspolitik und jetzt komme ich zurück zum Euro. Natürlich ist es verfehlt, all die vernünftigen Lösungen, die es gibt, nämlich die Alternativen, die bilaterale Entschuldung, all das wird ja durch die Zugehörigkeit zum Euro unnötigerweise blockiert. Dieser Rettungsschirm ist ja geradezu die Alternative zu bilateraler Entschuldung, denn er sagt ja: ihr braucht nicht mit den Banken zu reden, wir geben euch das Geld aus der Staatskasse. Das ist doch verrückt, so etwas zu machen und dahinter steht wahrscheinlich der Staatenegoismus. Die gemeinsame Währung hat eben nicht zu einer gemeinsamen Fiskalpolitik geführt, sondern geradezu den Staatenegoismus provoziert. Das sieht man ja gerade an der Andersentwicklung der Schuldenländer. Wenn wir einmal so ehrlich sind, dass wir sagen „Wir brauchen diese Disziplin“, dann lässt sich das alles doch ohne den Euro viel einfacher umsetzen. Die Bankenselektion muss stattfinden, denn ohne dass sich jetzt Banken, die sich in geradezu sträflicher Weise verspekuliert haben, ohne dass sie mit dem Konkurstod bestraft werden, wird sich darin auch nichts

ändern. Die Umstrukturierung des Bankensektors ist ein Muss, sie wird aber nicht funktionieren, ohne dass einige Banken über die Wupper gehen.

Ronald Barazon: Dass das Bankrott-gehen-lassen von Banken problematisch ist, habe ich vorher bereits angesprochen. Ein Thema, das aber noch überhaupt nicht angesprochen wurde, ist, dass wir ja überhaupt erst in den 80er Jahren die Regeln geändert haben. Das Leeroptionengeschäft war ja bis Anfang der 80er Jahre überhaupt verboten. Erst als Nobelpreisträger herumliefen und sagten, dass sie mit Computern das Risiko abgeschafft hätten, hat man das erst zugelassen. Und jetzt hat man seit 20 Jahren G20-Treffen, so wie vor zwei Tagen ein völlig unproduktiver in Korea, und sie tun nichts, um Regeln für das Bankgeschäft aufzustellen. Der Herr Cameron hat gestern erst gemeint, zusammen mit seinem Finanzminister öffentlich gesagt: „Ja, vielleicht sollten wir in einer Arbeitsgruppe bis zum nächsten Jahr, die Banken zwingen zu trennen zwischen Investmentgeschäft und Retailgeschäft.“ Es wäre doch das Einfachste auf der Welt zu sagen, es gibt drei, vier Dinge, die ihr nicht dürft. Die dürfen nur Spezialinstitute, wie leere Optionen, leere Futures, Termingeschäfte, die NYMEX in New York ist das Problem. Man kennt ja die Probleme, man geht sie überhaupt gar nicht an und damit habe ich ja den ganzen Zirkus beendet. Die Deutsche Bank hat im ersten Halbjahr nichts mit dem Kreditgeschäft verdient, nichts mit dem Spannungsgeschäft, hat aber mehrere Milliarden Euro verdient mit den Spielereien, das ist aber gar keine besondere Kunst. Jeder von uns kann in einem steigenden Markt verdienen und in dem Moment, wo ein Tag einmal schlecht geht, schreien alle Hedge-Fonds, wie schlecht es geht. Sie spielen nur Kasino, weil wir es ihnen erlauben und zum Abschluss unserer Runde würde ich ganz gerne noch diese ganz banale Geschichte ein Bankwesengesetz, dort muss drinstehen, meines Erachtens, Subprime-Kredit hin oder her, ich kann es nur einer anderen Bank verkaufen und nicht damit auf dem Markt spielen. Das sind die Dinge, die die Probleme gemacht haben und die sind weiter erlaubt und die werden weiter gemacht und die Finanzmarktaufsichten in ihrer Seops-Gruppe sagen sogar: „Bitte macht das! Weil wir euch beaufsichtigen müssen, dann habt ihr weniger Risiko. Verkauft noch mehr Kredite. Wir haben ja die Perversion, dass das, was eine der Ursachen war neben den CDS, von den Aufsichtsbehörden direkt gefordert worden ist. Weil dann können wir sagen, wir beaufsichtigen euch mit weniger Risiko, also diesen ganzen Irrsinn, den würde ich ganz gerne noch einmal in einer letzten Runde von Ihnen kommentiert haben.

Univ.Prof. Dr. Wilhelm Hankel: Also in der Zielsetzung bin ich ganz Ihrer Meinung, aber ich glaube all das, was Sie vorgeschlagen haben, kann man viel einfacher haben. Das kann man deswegen einfacher haben, weil das Bankengeschäft, das Sie zu Recht angreifen, das hochspekulative, sich sicher außerhalb des Geltungsbereichs unserer Bankaufsicht vollzieht, nämlich auf den internationalen globalen Finanzmärkten. Also wir haben in Deutschland das erste Bankregulierungsgesetz der Geldgeschichte in den Jahren 1933 und 1934 eingeführt, das sogenannte KWG, das hat drei eherne Grundsätze, die wenn sie eingehalten würden, Probleme, wie wir sie jetzt haben, gar nicht entstehen ließen. Der erste Grundsatz ist, keine Bank darf mehr als einen bestimmten vom Gesetzgeber festgelegten Prozentsatz des Eigenkapitals ausleihen, keine Bank darf Risikogeschäfte machen, die über 25% dieses Kapitals hinausgehen und keine Bank darf Langfrist-Engagements eingehen, die sie aus Tagesgeld finanziert. Das sind drei Grundsätze die in Deutschland so lange eingehalten worden sind, als wir das Weltwährungssystem von Bretton-Woods abgeschafft haben. Denn da bekamen die Banken plötzlich die Freiheit der gesetzlichen Aufsicht, sozusagen durch Flucht in die Illegalität, durch Flucht in die Exterritorialität zu entgehen. Etwa 90% aller Hedge-Fonds domizilieren auf Cayman Island. Jeder fragt sich, wo liegt Cayman Island, das ist also eine palmenbestandene Insel für Tiefseetaucher und Honeymooner. Da hat das Bankwesen das größte Finanzzentrum errichtet. Warum, weil es dort keine Aufsicht gibt. Und dann gibt es da noch ein paar Inseln, übrigens alle aus dem Britischen Empire herausgegriffen, das sich ja immer durch besondere Freundlichkeit gegenüber dem eigenen Bankwesen ausgezeichnet hat. Kanalinseln, Bahamas, Singapur, Hong Kong, alles die bekannte britische Attitüde. Die Banken wissen, schon was sie tun, wir gucken erst gar nicht hin. Das haben sich die Banken zu Nutze gemacht und die Banken konnten es sich zu Nutze

machen, weil es keine Notenbankkontrolle an den internationalen Finanzmärkten gab. Die hat das Bretton-Woods-System abgeschafft. Solange Notenbanken verpflichtet waren, den Außenwert ihrer Währung, den Wechselkurs, zu kontrollieren und zu stabilisieren, mussten sie auch in das internationale Finanzgeschäft eingreifen und mussten auch unerwünschte Kapitalströme nicht verbieten, aber zumindest abwehren. Das konnten sie mit der Zinswaffe, das konnten sie mit der Wechselkurswaffe und das konnten sie notfalls sogar mit der administrativen Waffe. All das ist nun in dem paradiesischen Freizonengebiet internationaler Finanzmärkte verschwunden, abgeschafft worden. Wir haben hier, ich würde gerne sagen eine Oase, aber es ist ein Ozean, der Nicht-Aufsicht, der Illegalität. Wenn wir den abschaffen, wenn wir ein neues Bretton-Woods schaffen, verbesserter als das alte, ohne den Dollar als Leitwährung, mit Sonderziehungsrechten und mit der festen Verpflichtung der Notenbanken, die internationalen Finanzmärkte mit ihren Interventionen zu kontrollieren, dann brauchen wir diese ganzen bürokratischen Geschichten nicht.

Dr. Hannes Androsch: Dem kann man sich weitgehend anschließen. Warum sind die Amerikaner dagegen? Weil sie das Privileg verlieren würden, sich ihre Schulden selber drucken zu können. Auf das läuft das Problem hinaus. Dann hat man vernünftige Regulierungen abgeschafft, also der „Glas Steagall Act“ aus den 30er Jahren ist ja erst in den 90er Jahren beseitigt, also außer Kraft gesetzt worden. Und im Übrigen hat man auch die Accounting Rules und Standards geändert. Also vom Nominalwertprinzip ist man zum Tageswertprinzip übergegangen und hat Werte eingesetzt, für die es nicht einmal einen Markt gegeben hat. Das ist ja nicht einmal Mark-to-Market, das ist ja Mark-to-Rating Agencies und das ist ja ein Conflict of Interest par excellence. Weil die haben ja auf beiden Seiten verdient und haben etwas bescheinigt, was sie nicht einmal angesehen haben und andere haben im Glauben darauf gekauft. Ich weiß nicht, wie viel die deutschen Landesbanken und die Hypo Real Estate, die ja schon genannt wurde und andere auch, gekauft haben. Also da ist dringender Handlungsbedarf und das wird halt wieder zu einem faderen aber solideren Bankgeschäft führen und führen müssen, im Interesse der Realwirtschaft. Denn die Realwirtschaft, und das sind wir alle, wir sind ein Opfer dieser Kasinospielerei in einem gigantischen Ausmaß. Also wenn man sich dann die Entwicklungen anschaut, was an Geld umgeschauelt wird, dann die derivativen Entwicklungen und die Versicherungen, die keine Versicherungen sind, sondern Wetten waren. Das ist in den letzten Jahren auf ein Vielfaches explodiert und ist dann als Blase geplatzt und explodiert. Wenn man diese Analyse, diese Diagnose akzeptiert, dann müsste eine Lösung relativ einfach zu finden sein, aber man sieht ja an den Querelen, dass sie es nicht zustande bringen. Ja nicht einmal in Europa, nicht einmal ein Abendessen können die zwei einhalten. Das ist ja die Symbolhaftigkeit des ganzen Dilemmas. Und wenn das nicht gelingt, dann kommt der Komet, dann lässt der Nestroy grüßen.

Ronald Barazon: Nur schnell ergänzend die FASB und die IASB sind die zwei Organisationen, die das Rechnungslegungswesen in Amerika und Europa steuern sollten. Die hatten von den G20 den Auftrag jetzt ein gemeinsames Rechnungslegungspaket zu erstellen, was bekanntlich ziemlich schwer ist, weil die einen lieben das Mark-to-Fantasy, wie ich es mir erlaube zu sagen, und beim anderen gibt es noch so Reste von Niederstwert-Anhängern. Also in dieser Spannbreite kann man bekanntlich keine Bilanz schreiben, aber was das dazukommend Köstliche ist: die haben vorige Woche, das ist ganz neu, der G20-Gruppe und der EU mitgeteilt, dass sie es nicht schaffen. Und sie haben schon jetzt den Termin 2011 im Juni, den sie gehabt hätten, das sind ja immerhin zwölf Monate, die sie gehabt hätten, für eine Einigung, für eine vernünftige Regelung, für Bewertungsregeln, für alle möglichen Dinge, womit vor allem in diesem Hause alle vertraut sind. Das haben sie mitgeteilt, schaffen sie nicht. Also die Skepsis, das wir überhaupt irgendwas schaffen, das nicht einmal die Herrschaften, diese IFRS-Regeln, IAS-Regeln immer umschreiben. Wie Sie ja wissen ändert sich das ja alle vier Wochen, wie man bilanzieren soll, das ist ja recht lustig. Die sagen, sie schaffen es nicht einmal bei ihrer, du sagst Kasino zu den Banken, man sagt uns immer Schauspieler, Moderatoren, etc. wir seien so fantasievoll, so abwechslungsreich, so kreativ. Also so kreativ wie IFRS-Leute sind wir lange nicht. Die

Schauspieler sprechen noch immer den Text von Shakespeare und wir schreiben noch immer Zeitungen, aber das, was die machen, ist wahrhaft Fantasie.